

- 2 -

30. Geburstag des Landes
Der vorgelegte Text für ein Gedenkprogramm des Bundesrats
denen namens des Bundesrates an den Jubiläum wird genehmigt.

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 13. Sitzung des Bundesrates vom 24. Februar 1956

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Feldmann
Abwesend: Niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Keine
Beginn: 8 Uhr 30 Schluss: 12 Uhr 45

Mitteilung des Vorstehers des EPD

Resolution des Obersten Sowjets

Das EPD wird eine Resolution, die den Austausch von parlamentarischen Studienkommissionen betrifft, mit einem Begleitschreiben an die Präsidenten der eidg. Räte weiterleiten, nachdem die auswärtigen Kommissionen sich bereits dazu äussern konnten. Da keine Beschlüsse zu fassen sind, ist den Räten lediglich davon Kenntnis zu geben. Die Ratspräsidenten sollen heute nachmittag anlässlich der Fraktionspräsidentenkonferenz, bzw. der Bürositzung mündlich informiert werden.

Botschaft betr. Errichtung neuer Gesandtschaften

Seit der Zustellung der Botschaft an die Mitglieder der eidg. Räte ist der Sudan ein souveräner Staat geworden. Der Vorsteher des EPD hat daher den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten beantragt, den Sudan ebenfalls in die Liste der Staaten einzureihen, in denen neue Gesandtschaften errichtet werden sollen. Die nationalrätliche Kommission, die die Priorität hat, hat bereits entsprechend beschlossen, und die ständerätliche Kommission wird ihr voraussichtlich folgen. Der Rat genehmigt nachträglich dieses Vorgehen des Vorstehers des EPD im Hinblick auf die Bedeutung dieses Landes für unsere Wirtschaft.

Vereinbarung über die Vergütung von Nazischäden

Ueber die Regelung der Vorkriegsschäden wurde eine Einigung erzielt. Ueber die Regelung der während des Krieges verursachten Schäden werden die Verhandlungen weitergeführt. Diese Mitteilung ist vertraulich zu behandeln.



80. Geburtstag des Papstes

Der vorgelegte Text für ein Glückwunschtelegramm des Bundespräsidenten namens des Bundesrates an den Jubilaren wird genehmigt.

der 15. Sitzung des Bundesrates vom 24. Februar 1956

Schriftliche Anträge

Hr. Bundespräsident Feldmann

Politisches Departement

Ministerratstagung des OECE vom 28./29. Februar 1956

Hr. Streuli erinnert an die Anträge des FZD im Mitbericht. Der Vorsteher des EPD erklärt, dass das EPD zustimme.

Departement des Innern

Verfassungsartikel über das Filmwesen

Der Rat beschliesst nach Antrag des EDI. In der Diskussion erklärt Herr Streuli, den Antrag des FZD laut Mitbericht nicht unbedingt aufrechtzuerhalten, nachdem er die Begründung des Chefs des EDI angehört habe. Als wichtigstes Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten, dass der Rat zwar das Bestehen ungeschriebener Verfassungskompetenzen des Bundes auf kulturellem Gebiete nicht in Abrede stellt, dass er es aber als erforderlich erachtet, die kulturellen Aufgaben jeweils dann ausdrücklich zu erwähnen, wenn sie als Teil einer dem Bunde neu zugewiesenen Kompetenz erscheinen. Die Botschaft ist unbestritten und wird genehmigt.

Post-und Eisenbahndepartement

Verfassungsartikel über Rundspruch und Fernsehen

Herr Lepori erklärt auf eine Frage des Herrn Bundespräsidenten, dass er keine Bedenken habe gegen die Fassung: "während mit dem Programmdienst wie bis anhin auch in Zukunft selbständige, autonome Institutionen betraut werden." Herr Streuli fragt sich, ob das PED im Begleitschreiben sagen sollte: "der von uns ausgearbeitete Entwurf", ohne auf die Vorarbeiten der Experten hinzuweisen. Nachdem Hr. Lepori feststellt, dass es sich beim vorliegenden Entwurf tatsächlich um eine Vorlage des Departementes handle, erklärt sich der Vorsteher PED auf Empfehlung des Herrn Bundespräsidenten mit der Fassung "der von uns vorgelegte Entwurf" einverstanden.

Finanz- und ZolldepartementAusgabenbeschlüsse der Bundesversammlung

Nach gewalteter Aussprache stimmt der Rat mit allen gegen die Stimme des Vorstehers des FZD dem Antrage des JPD zu. Herr Streuli wird den Mehrheitsstandpunkt trotz seiner abweichenden Stellungnahme vertreten, doch wird nichts dagegen eingewendet, wenn er bei der Behandlung in den eidgenössischen Räten auch seine persönliche Ansicht bekanntgeben sollte.

Justiz- und PolizeidepartementAnhänger an Motorräder und Fahrräder mit Hilfsmotor

Mit Bezug auf Art. 9 besteht eine Differenz mit dem PED. Herr Lepori erklärt, die Formulierung zu akzeptieren, wenn das JPD zusichert, bei Anwendung des Art. 9 das PED zu konsultieren. Herr Feldmann ist einverstanden, womit die Differenz bereinigt ist.

Finanz- und ZolldepartementBesoldungen des Bundespersonals. Aussprache

Aus der von allen Mitgliedern benützten Aussprache ergibt sich eine völlige Uebereinstimmung der Auffassungen. Am Dienstag soll der formelle Beschluss gefasst werden auf Grund der schriftlichen Anträge. Bis dahin ist die Angelegenheit vertraulich zu behandeln.

Auf eine Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden und auf eine Einberufung der kantonalen Regierungspräsidenten vor der Session im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Preissituation wird verzichtet. Dagegen werden sich die Mitglieder des Bundesrates in ihren Fraktionen für die Auffassung des Bundesrates einsetzen.

VolkswirtschaftsdepartementWirtschafts- und Preissituation

Auf die Beratung des Berichtes wird eingetreten, die Abschnitte I und II werden durchbesprochen und in grundsätzlicher Hinsicht genehmigt. Mit Abschnitt III wird begonnen. Es handelt sich um einen Gedankenaustausch, bei welchem niemand auf seine Thesen festgelegt werden soll. Die Beschlüsse über praktische Massnahmen würden erst auf Grund formulierter Anträge des EVD gefasst.

U m f r a g e

Präsidialvorbringen

Jubiläumsfeier Simplontunnel

Der Beschluss über die Programmänderung, der in der letzten Sitzung gefasst wurde, soll der Presse mitgeteilt werden, nachdem die italienische Regierung die Presse zu orientieren gedenkt.
auch

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 12. Sitzung vom 21. Februar wird unverändert genehmigt.

Finanz- und Solldepartement

Die Beschlüsse des Bundespersonals, die von allen Mitgliedern der Kommission genehmigt sind, werden auf Grund der schriftlichen Anträge, die dahin lauten, dass die Angelegenheit vertraulich zu behandeln ist, auf eine Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden und auf eine Einberufung der kantonalen Regierungspräsidenten vor der Sitzung im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Preislage zurückgestellt. Dagegen werden sich die Mitglieder des Bundesrates in ihren Fraktionen für die Auflassung des Bundesrates einsetzen.

Volkswirtschaftsdepartement

Die Beschlüsse des Bundespersonals, die von allen Mitgliedern der Kommission genehmigt sind, werden auf Grund der schriftlichen Anträge, die dahin lauten, dass die Angelegenheit vertraulich zu behandeln ist, auf eine Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden und auf eine Einberufung der kantonalen Regierungspräsidenten vor der Sitzung im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Preislage zurückgestellt. Dagegen werden sich die Mitglieder des Bundesrates in ihren Fraktionen für die Auflassung des Bundesrates einsetzen.